

## Bei Migration und Asyl setzt die GUE/NGL die folgenden Schwerpunkte:

- Ausarbeitung einer kohärenten, umfassenden Strategie für legale Migration und Aufgabe der bisher verfolgten einheitlichen Abschottungspolitik;
- Sicherstellung der Gleichbehandlung hinsichtlich wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Rechte sowie Anerkennung staatsbürgerlicher und politischer Rechte, einschließlich Wahlrecht und politische Teilhabe;
- Bekämpfung der Ausweitung der „Festung Europa“: Die GUE/NGL lehnt die Externalisierung der EU-Grenzen durch die Zusammenarbeit mit Drittstaaten, den Abschluss von Rückübernahmeabkommen, die Entwicklung von Grenzüberwachungstechnologien und die Inhaftierung von Migranten ab;
- Schaffung eines gemeinsamen Europäischen Asylsystems, das allen Männern, Frauen und Kindern, die in Europa Asyl suchen, einen fairen, humanen und hohen Behandlungsstandard garantiert;
- Einsatz für mehr Solidarität mit Flüchtlingen: Die GUE/NGL unterstützt Wiederansiedlungsmaßnahmen und lehnt die Dublin-Verordnung ab, dergemäß das Land der Ersteinreise für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist;
- Bekämpfung der Kriminalisierung von Migranten, Asylsuchenden und Flüchtlingen: Die GUE/NGL spricht sich gegen die Verwendung von Begriffen oder Regelungen aus, die implizieren, dass Migranten Kriminelle sind. Hierzu gehört auch die neue EURO-DAC-Verordnung. Diese gewährt den Vollzugsbehörden Zugang zu Fingerabdrücken von Asylsuchenden und Flüchtlingen.

## Mitglieder der GUE/NGL im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments



K. TRIANTAPHYLIDES  
(CY) Koordinator



Cornelia ERNST  
(DE)



Cornelis DE JONG  
(NL)



Marie-Christine VERGIAT  
(FR)

Falls Sie an ausführlicheren Informationen zu diesem Thema interessiert sind, wenden Sie sich bitte an Amandine Bach:  
[amandine.bach@europarl.europa.eu](mailto:amandine.bach@europarl.europa.eu)

Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke  
Europäisches Parlament  
rue Wiertz 43, B-1047 Brüssel  
T +32-(0)228-42683  
F +32-(0)228-41774

Erstellt vom Referat Veröffentlichungen der GUE/NGL:  
[GUENGL-Communications@europarl.europa.eu](mailto:GUENGL-Communications@europarl.europa.eu)  
Fotos: Insani Yardim Vakfi, Kate Thomas – IRIN  
Gestaltung: Dominique Boon  
Druck: Dossche Printing  
© GUE/NGL – Brüssel 2014  
Gedruckt auf Recyclingpapier



# Für eine verantwortungsvolle Migrationspolitik

## Rechte von Migranten, Flüchtlingen und Asylsuchenden achten!

Menschen auf der Flucht vor Verfolgung haben in der ganzen Welt seit jeher Grenzen überquert – auf der Suche nach Sicherheit und der Chance auf ein besseres Leben. Nach Angaben der Vereinten Nationen gibt es weltweit 214 Mio. Migranten – das sind 3 % der Weltbevölkerung. Im Jahr 2011 gab es weltweit 15,2 Mio. Flüchtlinge, die Hälfte davon waren Frauen. Obgleich Migranten in Europa die europäischen Gesellschaften in vielerlei Hinsicht – wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich – bereichert haben, verbinden die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten die Migrationsfrage zunehmend mit Verbrechensbekämpfungs- und Sicherheitspolitik. Dies schürt Fremdenfeindlichkeit und führt zur Diskriminierung und Marginalisierung von Migranten.

Die GUE/NGL lehnt den repressiven Ansatz der EU bei der Zuwanderung ab. Wir sind der Auffassung, dass Europa eine historische Verpflichtung hat, eine umfassende und sinnvolle Migrationspolitik zu entwickeln, durch die die Einhaltung der Menschenrechte sichergestellt wird. Wir unterstützen die Harmonisierung der Asylsysteme in der EU, das heißt: Wir fordern die höchstmöglichen Schutzstandards für die Rechte von Migranten, Flüchtlingen und Asylsuchenden.

### Worum geht es?

Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam im Jahr 1999 haben die Mitgliedstaaten der Erweiterung der Zuständigkeiten der EU zugestimmt. Dadurch kann diese verbindliche Bestimmungen für nahezu alle Bereiche der Migrations- und Asylpolitik festlegen. Während die Bestimmungen für die Freizügigkeit der europäischen Bürgerinnen und Bürger innerhalb der EU mit der Errichtung des Schengen-Raums gelockert wurden, wurden zugleich die EU-Außengrenzen aufgerüstet und komplexe restriktive Regeln für die Einreise- und Aufenthaltsvoraussetzungen eingeführt. Dies erschwert es Migranten aus Nicht-EU-Staaten zunehmend, legal in die EU einzureisen, insbesondere Migranten aus Entwicklungsländern ohne Visaerleichterungsprogramme.

Die EU sieht keine rechtlichen Mittel für den Zugang zum Asylverfahren vor. Daher bleibt einer immer weiter steigenden Anzahl von Migranten und Asylsuchenden kaum eine andere Option, als sich auf eine gefährliche Reise zu begeben, um in die EU zu gelangen. Durch

die Maßnahmen der EU sollten vernünftige Bedingungen für die Aufnahme von Migranten und Asylsuchenden geschaffen werden, stattdessen kosten sie Tausende von Menschen jedes Jahr das Leben oder zumindest ihre Lebensgrundlage: Schätzungen zufolge starben zwischen 1998 und 2012 mehr als 19 000 Menschen bei dem Versuch, in die EU einzuwandern.

Durch dieses repressive Migrationskonzept der EU werden jedoch Migranten nicht nur an der Überquerung der EU-Grenzen gehindert; es beeinflusst auch die Art und Weise, wie Migranten behandelt werden, z.B. wenn sie von den Behörden inhaftiert werden. Migranten werden inzwischen systematisch inhaftiert: In Europa und an seinen Grenzen ist die Zahl der Auffanglager von 324 im Jahr 2000 auf 473 im Jahr 2012 gestiegen. Im Jahr 2012 waren 570 660 Asylsuchende auf dem Gebiet der EU inhaftiert und 252 785 wurden zurückgeführt. Außerdem ermutigt und finanziert die EU in zunehmendem Maße die Unterbringung von Migranten in Auffanglagern in so genannten sicheren Drittstaaten. Doch dort lässt sich nicht prüfen, ob die Häftlinge ordnungsgemäßen rechtlichen Schutz erhalten, oder die Menschenrechte eingehalten werden. Ferner werden Drittstaaten mehr und mehr dazu gedrängt, „Rückübernahmeabkommen“ für ihre Staatsbürger sowie für alle Migranten, die durch ihr Hoheitsgebiet gereist sind, zu unterzeichnen. Im Austausch gibt es dafür Kooperationsabkommen mit der EU, wie Visaerleichterungsabkommen und/oder Entwicklungshilfe. Diese Abkommen werden an bestimmte Bedingungen geknüpft, bei denen nicht die lokalen Bedürfnisse oder Migrationsursachen, sondern eher die Sicherheitsbedenken der EU berücksichtigt werden. Die lokale Bevölkerung hat dadurch keine wesentlichen Vorteile; vielmehr werden die Behörden der Drittländer in Außenstellen für die Migrationssteuerung der EU verwandelt, die nur begrenzte, befristete und stark selektive Formen der Zuwanderung zulassen.

Die europäischen Staaten setzen sich nicht hinreichend für die Wiederansiedlung von Flüchtlingen ein: Jährlich werden von 80 000 Flüchtlingen nur 5 000 in Europa angesiedelt.

Trotz europäischer Richtlinien im Asylbereich wird Asylsuchenden in den Mitgliedstaaten keinesfalls die gleiche Behandlung zuteil. Obwohl die Frage eines gemeinsamen europäischen Asylsystems seit 1999 auf dem Tisch liegt, müssen wir immer noch eine echte Asylpolitik schaffen, die auf die Rechte der Asylsuchenden und den Solidaritätsgrundsatz ausgerichtet ist.



## Unsere Kampagne gegen die Festung Europa

Die GUE/NGL lehnt seit langem die Errichtung der „Festung Europa“ ab und hat sich an der vordersten Front der Kampagne „No Fortress Europe“ dafür eingesetzt, die positiven Aspekte der Zuwanderung hervorzuheben und eine auf Freizügigkeit basierende Politik vorzuschlagen, durch die die Menschenrechte gefördert werden. Zusammen mit Nichtregierungsorganisationen haben die Abgeordneten der GUE/NGL wiederholt ihre Besorgnis über den hohen Anteil des EU-Haushalts, der 2005 zur Einrichtung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX zur Stärkung der EU-Außengrenzen verwendet wurde, zum Ausdruck gebracht. Wir kritisieren scharf, dass EU-Geld zur Entwicklung von Grenzüberwachungssystemen eingesetzt wird.

Unsere Fraktion steht an vorderster Stelle bei der Verurteilung der unmenschlichen Inhaftierung von Migranten und der anhaltenden Verletzungen von Grundrechten in zahlreichen Auffanglagern in Europa. Unsere Fraktion organisierte 2005 die erste Delegation des Europäischen Parlaments zu einem Auffanglager auf Lampedusa. Seitdem wurden zahlreiche andere Besuche von Auffanglagern organisiert. Wir verurteilen die inakzeptable Verwaltungshaft von Migranten, sowohl in rechtlicher als auch in moralischer Hinsicht. Hier werden Menschen inhaftiert, die keinerlei Verbrechen begangen haben!